

# Zentral oder dezentral: Bildungssysteme im Überblick

(mvb). Im ersten Anlauf war die Föderalismusreform unter anderem am Thema Bildungspolitik gescheitert. Und so scheint es kaum verwunderlich, dass die Bildungsforscher ihre Blicke auf andere Länder richten. Gibt es auch dort Kritik an einer hierzulande immer wieder beklagten „Kleinstaaterei“, die Ländern je nach Blickwinkel zu viel oder zu wenig Spielraum lässt? Ein Überblick über unterschiedliche dezentral bis zentral organisierte Bildungssysteme.

Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Peter Schneider, geschäftsführender Direktor des Deutschen Instituts für Föderalismusforschung in Hannover und Sachverständiger der Bundesstaatskommission, untersuchte im Jahr 2005 die „Struktur und Organisation von Bildungssystemen in Bundesstaaten“. Sein Fazit nach einem Vergleich von 14 verschiedenen Bildungssystemen in Industrienationen und Schwellenländern: In allen untersuchten Bundesstaaten sind lokale, regionale und gesamtstaatliche Organe an der Ausgestaltung und Finanzierung des Bildungswesens beteiligt.

## USA: Bildung ist Sache der Bundesstaaten

Das Schulwesen der Vereinigten Staaten ist dezentral organisiert. Traditionell gehört die Bildungspolitik zu den Kernaufgaben der 50 Bundesstaaten, die die Schulausbildung im Primar- und Sekundarbereich vollständig finanzieren. Die Hochschulen werden allerdings stark aus Washington mitfinanziert.

Alle 50 US-Staaten haben ein eigenes Erziehungsministerium mit eigenen Bildungsgesetzen, die sich zum Teil erheblich voneinander unterscheiden. Der jeweilige Bundesstaat ist für die Gesetzgebung und Finanzierung von Schulen und Hochschulen zuständig. Die Schulverwaltung liegt aber hauptsächlich in den Händen der – mit gewählten Bürgern besetzten – örtlichen Schulausschüsse, die jeweils für einen Schulbezirk Lehrer einstellen, Finanzen verwalten und Richtlinien für die praktische Arbeit der Schulen erlassen. Obwohl formell unabhängig, seien die Schulausschüsse aber bei der Gestaltung von Lehrplänen nicht wirklich frei von politischen Einflüssen des mitfinanzierenden Bundesstaates, so Professor Schneider.

Auch auf nationaler Ebene gibt es ein Erziehungsministerium, das unter anderem Programme initiiert und damit fast 54 Millionen Schüler an 93 000 öffentlichen und 27 000 privaten Schulen sowie 9,5 Millionen Studenten erreicht.

## Niederlande: dezentrales Bildungssystem

Spendabel zeigen sich die Niederlande (im PISA-Vergleich Mathematik 2003 auf Platz vier): Mit 10,5 Milliarden Euro und damit etwa fünf Prozent ihres Bruttonationalproduktes verfügte das Ministerium für Erziehung, Kultur und Wissenschaft 2001 über den größten Einzelhaushalt aller Ressorts. „Dieser ungewöhnlich hohe Zuwendungsaufwand spiegelt die Bedeutung wider, die man dort dem Bildungswesen beimisst“, resümiert Schneider. Laut niederländischer Verfassung von 1815 ist das Erziehungswesen eine Angelegenheit von ständigem Interesse des



Staates. Dennoch ist die Verwaltung des Bildungswesens stark dezentralisiert und von unten, den Gemeinden, nach oben aufgebaut. Nach dem Grundsatz der Freiheit der Erziehung existiert dort neben den öffentlichen eine Vielzahl privater Schulen, die von fast zwei Dritteln aller Schüler besucht werden. Für die Qualitätssicherung des Unterrichts sind die Schulen selbst verantwortlich. Sie haben Schulpläne aufzustellen, die die Schulpolitik, Aktivitäten und Ergebnisse der Schule sowie ein Beschwerdeverfahren umfassen müssen. Laut Erziehungsbeteiligungsgesetz von 1992 gibt es an jeder Schule ein Gremium, das zu gleichen Teilen mit Lehrern auf der einen und Eltern und Schülern auf der anderen Seite besetzt ist.

Das nationale Erziehungsministerium kontrolliert den Bildungsbereich mit Hilfe von Inspektoren, die den Unterricht der Schulen besuchen und bewerten dürfen. Die zwölf Provinzen haben außer der Dienstaufsicht über das Personal keine eigenen Zuständigkeiten. Trotz der starken Dezentralisierung, so Schneider weiter, sind die Koordinierungs- und Kooperationsstrukturen nur schwach ausgeprägt.

### Schweiz: Absage an Bildungsföderalismus

Lange Zeit galt die Souveränität der Schweizer Kantone in der Bildung als unantastbar (Rang 10 in der PISA-Studie Mathematik von 2003). Die öffentlichen Schulen unterstehen der Hoheit der jeweiligen Kantone, diese regeln die Schulfragen bis ins Detail und so unterscheiden sich die Schulgesetze erheblich voneinander.

Das soll sich nun ändern: Das deutliche Ja der Schweizer im Mai 2006 zur so genannten Bildungsverfassung ist eine Absage an den Bildungsföderalismus. Das Gesetz sieht die Schaffung eines einheitlichen Bildungsraumes Schweiz vor – von der ersten Klasse bis zur Universität. Die Vereinheitlichung der Bildung in der Schweiz war wenig umstritten. Bereits vor der Abstimmung herrschte große Einigkeit zwischen Parlament, Landesregierung, den Bildungsdirektoren der einzelnen Kantone sowie verschiedenen Organisationen und Verbänden. Das Resultat zeigt, dass viele Schweizer es nicht mehr verstehen, wenn in der modernen mobilen Gesellschaft große Unterschiede im Bildungsbereich zwischen den Kantonen gemacht werden.

Das neue Gesetz sieht vor, dass die Bildungskompetenz bei den Kantonen bleiben soll und der Bund nur dann eingreift, wenn sich die Kantone nicht auf eine Vereinheitlichung einigen können. Der Bund muss nun vor allem im Auge behalten, dass die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren den Zeitplan für die Harmonisierung einhält.

### Frankreich: Zentralismus pur

Frankreich steht für eine zentralistische Organisation des Bildungssystems von oben nach unten. Selbst eine Reform in den 80er Jahren, die lokalen Behörden in den 96 Départements mehr Kompetenzen einräumen sollte, brach nicht wirklich mit der gewachsenen Organisationsstruktur. In Frankreich (im PISA-Ländervergleich Mathematik 2003 auf Platz 16) sorgt die Regierung für die Entwicklung und Umsetzung der Bildungspolitik, der Erziehungsminister erarbeitet die Lehrpläne. Der Staat zahlt die Gehälter an die Mitarbeiter des Schulwesens, die Kommunen und Départements finanzieren Investitionen und laufende Kosten. Jede Schule wahrt eine gewisse Eigenständigkeit, indem sie eigene Schwerpunkte in ihrem Schulplan setzt. Für die Abstimmung der Bildungspolitik sorgt ein Höherer Rat für das Bildungswesen und ein Nationaler Rat für Bildungsplanung und Lehrplangestaltung

Der Unterschied zwischen einem zentral und einem dezentral organisierten Bildungssystem wurde bei der Erstellung des Deutsch-Französischen Geschichtsbuchs (siehe Artikel S. 13/14) deutlich: Während in Deutschland das Geschichtsbuch von jedem der 16 Kultusministerien geprüft wurde, hatte in Frankreich das Erziehungsministerium die Nase vorn: Eine Prüfaufgabe ging bereits Anfang Mai den französischen Schulen zu, während es in Deutschland zunächst durch das Genehmigungsverfahren aller Bundesländer manövriert werden musste. «

#### Fazit

An zentral oder dezentral organisierten Bildungssystemen lässt sich wohl nicht ablesen, warum Länder beispielsweise bei der PISA-Studie gut oder schlecht abschneiden: Finnland hat ein eher zentral organisiertes Bildungswesen, Schweden ein dezentral organisiertes. Vor allem bei bundesstaatlich organisierten Ländern ist im internationalen Vergleich eine Tendenz zur Deregulierung zu beobachten. Kompetenzen werden allerdings nicht einfach von der Zentralregierung in die Region verlagert. Vielmehr ist die Tendenz zu einer Stärkung der Bildungseinrichtungen durch bürgerschaftliche Beratungsgremien zu beobachten. Professor Schneiders Fazit: „Das Erziehungs- und Bildungswesen eignet sich offenbar nicht zu einer strikten Trennung von Bundes- und Landeszuständigkeiten.“

#### Ansprechpartnerin

Christina Heinisch

Telefon: 07 11-66 72-18 97, c.heinisch@klett.de